



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN

Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes

Österreichische Post-AG
Sponsoring Post

Nr. 84 – Dezember 2008

Adressierte Auflage: 40.000

GZ02Z032719 S

Verlagspostamt 9020 Klagenfurt



Heimatdienst und Abwehrkämpferbund



Klarstellung zu unnötigem Streit

In einer umfassenden Dokumentation zeigt KHD-Obmannstellvertreter RA Dr. Gert Seeber auf, wie gering die Auffassungsunterschiede zwischen Heimatdienst und Abwehrkämpferbund in Wirklichkeit sind und wie absurd der Vorwurf ist, der Heimatdienst hätte sich „von der Heimattreue verabschiedet“.

Die Abhandlung ist ein Plädoyer für das Gespräch zwischen diesen beiden Verbänden, das vom KHD dem KAB wiederholt – leider bisher vergeblich – angeboten worden war.

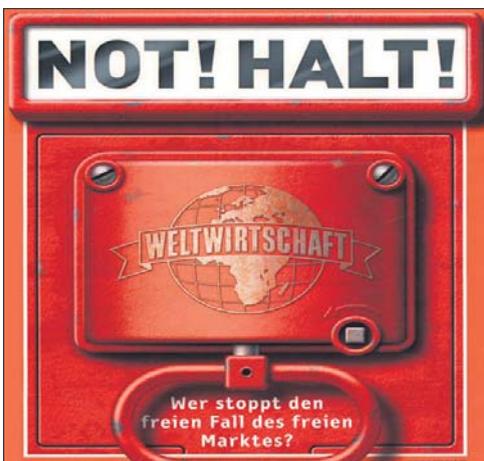
Seeber dazu: „Wir dürfen und werden Kärnten nicht dadurch schwächen, dass wir uns untereinander kleingeistige Scharmützel liefern und uns damit auch dem Spott außerhalb unserer gemeinsamen Heimat aussetzen.“

Seiten 4 bis 7

Im dunklen Schatten der Weltwirtschaftskrise:

Wir sind alle Kärntner!

Gemeinsamkeit über trennende Sprachgrenzen hinweg ist jetzt mehr denn je ein Gebot der Stunde



Die Angst vor schweren negativen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geht auch in Kärnten um

Und es ist nicht nur die Angst. Einer Umfrage zufolge, bekennen bereits 28% der befragten Kärntnerinnen und Kärntner, dass sie die neue Wirtschaftslage jetzt schon stark zu spüren bekommen.

Die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes und damit die Gefahr einer wirtschaftlichen Notlage, hat längst schon reale Formen angenommen. Vor wenigen Tagen schlug das Arbeitsmarktservice (AMS) Alarm. Bei einem Anstieg von 5,2% der Arbeitslosigkeit gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr, seien schon 1.353 Kärntner Arbeitnehmer aktuell zur Kündigung angemeldet. Tendenz steigend.



Diese Situation macht zwischen den Muttersprachen der Kärntner keinen Unterschied

Sie trifft Deutschkärntner und Slowenischkärntner gleichermaßen. Ist es angesichts dessen nicht absurd, die Minderheitenfrage mit ihren vergleichsweise unbedeutenden und leicht lösbaren Problemen zu einem Spitzenthema im kommenden Landtagswahlkampf zu machen?

Auch wenn viele düstere Prognosen für die Zukunft hoffentlich nicht eintreffen werden, so sollten wir die Gefahr dennoch ernst nehmen und zur Stärkung der Gemeinsamkeit mahnen.

Dr. Josef Feldner

Wir sind alle Kärntner!

Das muss zum verbindenden Bekenntnis werden

Kärntner Heimatdienst. Obmann: Dr. Josef Feldner. Büro und Redaktion: 9020 Klagenfurt, Prinzhofenstraße 8. Telefon 0463/54002 Fax 0463/540029 Internet: www.khd.at, E-mail: office@khd.at. Layout und Umbruch: type&sign Graphikagentur GmbH. Bankverbindungen: Raiffeisen-Landesbank Kärnten Kto.Nr. 1003250 (BLZ 39.000). IBAN: AT 66 3900 0000 01003250. BIC: RZKTAT2K. Deutsche Postbank Kto.Nr. 0 120 848 806 (BLZ 700 100 80) IBAN: DE 97 700 1 080120 848806 BIC: PBNKDEFF



Das deutsche Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ griff Ende Oktober dieses Jahres ein heißes Eisen auf. Unter dem Titel „**Auszug aus Mesopotamien**“ bringt das Magazin einen erschütternden Bericht über das grauenhafte Schicksal der Christen im amerikanisch besetzten Irak.

Schande für die USA

Christenverfolgung unter den Augen der US-Besatzungsmacht

Unter Saddam Hussein waren die rund 800.000 Christen im Irak weitgehend geschützt. Seit der US-Invasion sind bereits über ein Drittel der Christen aus dem Land geflohen. Die US-Besatzer und deren Verbündete stehen diesem Völkermord tatenlos gegenüber.

Dessen ungeachtet, werden immer mehr und immer größere Moscheen im Europa gebaut. Die westliche Welt hätte es in der Hand, der in vielen Moslemstaaten im Gang befindlichen Christenverfolgung Einhalt zu gebieten und Neubauten von Moscheen von einem sofortigen Ende der Christenverfolgung abhängig zu machen.

Massenflucht vor dem drohenden Tod

Die nordirakische Stadt Mossul ist eine der Zentren der Christenverfolgung, die dort in den vergangenen Monaten einen traurigen Höhepunkt erreicht hat.

Dazu berichtet „DER SPIEGEL“:

„Seit der US-Invasion im März 2003 sind

die Christen in Mossul ihres Lebens nicht mehr sicher. Kirchen wurden angezündet, Priester, Ärzte, Ingenieure und Geschäftsleute ermordet. Im März fanden Helfer die Leiche von Erzbischof Paulos Faradsch Rahho am Rande der Stadt, und Ende September begann eine neue Serie von Attentaten, der bisher mindestens 18 Menschen zum Opfer fielen.“

In der weiteren Folge wird anhand von

konkreten Vorfällen geschildert, wie brutal die Christenverfolger vorgehen und dass sie auch nicht davor zurückschrecken, Kinder zu ermorden. Sie töten, rauben und brandschatzen.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben längst Alarm geschlagen und rasche Hilfe für die irakischen Christen gefordert. Nachdem im Juli Iraks Premierminister Nuri al Maliki bei seinem Deutschland-Besuch gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel beteuerte, in seinem Land seien Christen sicher, legte Deutschland schon fertige Pläne, ein Flüchtlingskontingent mit irakischen Christen aufzunehmen, wieder aufs Eis.

Doch die Beteuerungen des irakischen Regierungschefs erwiesen sich als Schall und Rauch, denn im September erreichte die Christenverfolgung in Mossul einen neuen Höhepunkt. Offiziellen Angaben zufolge haben seither etwa die Hälfte der 20.000 Christen von Mossul die Stadt verlassen. Es ist die Flucht vor

dem drohenden Tod, und die Drohungen an die Adresse der Christen werden immer brutaler.

Eine Schande für die USA ist, dass die Christenverfolgung erst in ihrer Ära als Besatzungsmacht begonnen hat. Vor der US-Invasion gehörten die seit fast 2000 Jahren in Mesopotamien verwurzelten Christen zur Oberschicht und waren ihrem Heimatstaat gegenüber stets loyal gewesen.

Dazu führt „DER SPIEGEL“ aus:

„Christen dienten irakischen Königen als Minister und Bankiers, den Putschisten der sechziger Jahre als Militärärzte und Professoren, dem Diktator Saddam Hussein als Beamte oder Hubschrauberpiloten ...

Da die von Saddam umworbenen Christen stets zu den am besten Ausgebildeten und den Vermögendsten gehört hatten, zogen sie allerdings immer wieder Neid und Missgunst auf sich.“

Der Westen wird handeln müssen. Die Aufnahme von Flüchtlingskontingenten allein ist zu wenig

Mit der ohnehin nur vagen Ankündigung westlicher Staaten, verfolgten Christen aus Moslemstaaten Asyl zu gewähren, wird das Problem der massiven Menschenrechtsverbrechen an Millionen Christen in Moslemstaaten nicht beseitigt.

Christenverfolgung gibt es nämlich nicht nur im Irak, auch in zumindest 15 weiteren Staaten der islamischen Welt steht Christenverfolgung gleichsam auf der Tagesordnung.

Dazu zählen unter anderem **Ägypten, Saudi-Arabien, Algerien, Jemen** und auch der EU-Beitrittswerber **Türkei** ebenso, wie etwa **Pakistan und Afghanistan**.

Die Verfolgung, der Millionen Christen in diesen Staaten ausgesetzt sind, wird in der westlichen Welt kaum registriert. Es gibt weder

diplomatische Proteste noch Wirtschaftssanktionen. In diesem Klima der Gleichgültigkeit findet islamistische Intoleranz ihren Nährboden zur immer stärkeren Ausbreitung.

Verfolgten Christen in der westlichen Welt Asyl zu gewähren mildert nur die Folgen des an Christen verübten Völkermordes, kann diesen jedoch in keiner Weise eindämmen.

Die westliche Welt wird endlich geschlossen und wirkungsvoll dagegen auftreten und – sollten auch deutliche diplomatische Proteste nichts bringen – geeignete Sanktionen beschließen müssen.

Wie lange noch? Brennende Kirchen in Moslemstaaten – Prachtvolle Moschee-neubauten in Europa

Während in Moslemstaaten die Christen verfolgt und deren Kirchen zerstört werden, wächst die Zahl der Moscheen in der EU.

In Deutschland gibt es bereits 164 klassische Moscheen, die durch Kuppeln oder Minarette auch von außen als solche erkennbar sind. Zusätzlich gibt es mehr als 2600 Gebetshäuser, Schulmoscheen und islamische Bildungsstätten. Derzeit sind nicht weniger als 180 klassische Moscheen in Bau oder in Planung.

Am 26. Oktober wurde in Duisburg die bisher größte Moschee Deutschlands errichtet, die ein Restaurant, Seminarräume sowie ein Archiv beherbergt. Das Minarett der Moschee ist 34 Meter hoch. Die Kosten betragen 7,7 Millionen Euro, wovon das Land Nordrhein-Westfalen und die EU 3,2 Millionen beigesteuert haben.

Noch größer wird die bis 2010 fertiggestellte Moschee in Köln sein. Ihr Minarett wird sogar 55 Meter in den Himmel ragen.

Der jüdische Schriftsteller **Ralph Giordano** beklagt: „Hier wird ein Machtanspruch sichtbar, der mich beunruhigt.“

Der Westen muss endlich auf Gegenseitigkeit pochen

Obwohl es viele gibt, die meinen, eine besondere Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Zuwanderer fördere deren Integration, zeigt die Praxis das Gegenteil. Je größer die Unterstützung, etwa für neue Moscheen wird, desto geringer wird die Bereitschaft der Zuwanderer sich uns anzupassen.

Der immer größer werdende Druck muslimischer Eltern, auch in Österreich, christliche Symbole, wie das Kreuz, aus den Klassenzimmern zu entfernen, weil diese die religiösen Gefühle ihrer Kinder verletzen würden, beweist mangelnde Anpassungs- und damit auch mangelnde Integrationsbereitschaft.

Der „Spiegel“-Journalist **Henryk M. Broder** bringt das auf den Punkt: „Wir sind zu nachgiebig, weil wir das Gefühl für substantielle Probleme verloren haben. Wir verbiegen uns im Entgegenkommen, lösen dadurch aber auf der Gegenseite nur Gelächter aus und die Erkenntnis, wie schwach wir sind.“

Wir müssen darauf pochen, unsere christlichen Symbole zeigen zu dürfen wann immer und wo immer wir wollen. Darauf zu verzichten, etwa nur um zugewanderte Andersgläubige nicht in ihrem religiösen Empfinden zu verletzen, ist falsch verstandene Toleranz und ein gefährliches Zeichen einer beginnenden nationalen Selbstaufgabe.

Die westliche Welt insgesamt ist aufgerufen, Neubauten von Moscheen nur dann zu fördern, wenn Christen in Moslemstaaten gleichermaßen gefördert werden. Dabei muss Konsequenz gezeigt und diplomatischer Druck ausgeübt werden. Kein Beispiel dafür ist die Forderung des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, anlässlich der Eröffnung der Duisburger Merkez-Moschee, Deutschland brauche „noch mehr sichtbare Moscheen“ Mit keinem Wort erwähnte Rüttgers dabei die brutalen Christenverfolgungen in der östlichen Welt.



Der prächtigen mit Steuergeld geförderten neuen Moschee in Duisburg steht eine von vielen zerstörten Kirchen im Irak (links) gegenüber.

Heimatsdienst und Abwehrkämpferbund:

Klarstellung zu unnötigem Streit



Vom Obmann-Stv.
RA Dr. Gert Seeber

Am 10. Oktober dieses Jahres – 90 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges und dem Beginn des Abwehrkampfes – wurde wieder der Kärntner Landesfeiertag würdig mit stolzem Rückblick auf die Kärntner Geschichte und mit Freude darüber begangen, dass es unseren Vorfahren mit heldenhaftem Mut, mit Treue und Liebe zur Kärntner Heimat und in Verantwortung für deren Zukunft gelungen ist, eine Volksabstimmung zu erzwingen und damit Kärnten ungeteilt zu erhalten – bis auf den heutigen Tag.

Vielen Kärntnerinnen und Kärntnern ist dank Abwehrkampf und Volksabstimmung ein grauenhaftes Schicksal, wie es zehntausende Deutschsprachige in der abgetrennten Untersteiermark und anderen abgetrennten Gebieten erleiden mussten, erspart geblieben.

Viele Südkärntner der heutigen Generation gäbe es gar nicht, weil ihre Vorfahren verschleppt, enteignet, interniert und zu Tode gekommen wären in den Fängen des tito-kommunistischen Jugoslawien.

Jedes Jahr am Tag der Volksabstimmung wird bei den vielen Abstimmungsfeiern der Dank an die Helden des Abwehrkampfes, aber auch an die vielen tausenden im Hintergrund agierenden Frauen und Männer ausgesprochen.

Völlig zu recht, und so muß es auch bleiben.

KHD – KAB:

Eine Jahrzehnte lange enge Gemeinschaft

Zur Vorbereitung der Volksabstimmung und des dafür notwendigen geistigen Abwehrkampfes wurde vor knapp 90 Jahren der Kärntner Heimatsdienst (KHD) gegründet.

Demgegenüber gibt es den Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB) erst seit dem Staatsvertragsjahr 1955.

Beide Organisationen – KHD und KAB – bildeten bis in das neue Jahrtausend eine unzertrennliche Gemeinschaft für Kärntner Interessen, insbesondere im Südkärntner Raum.

Erst als die jahrzehntelangen(!) Bemühungen des KHD um Aufnahme eines Dialoges mit Vertretern der slowenischen Minderheit zu

längst fälligen Gesprächen führten, wurde auf Führungsebene des KAB und auch bei manchen Sympathisanten des KHD „gegrummelt“, der KHD hätte seine heimat-treue Linie verlassen und er sei seinen Grundsätzen untreu geworden.

Auch wenn es viele nicht hören wollen: Das stimmt einfach nicht!

So hat der KHD schon 1990 in seinen Weihnachtsgrüßen und seiner Neujahrsbotschaft seine Gesprächs- und Konsensbereitschaft bekundet und die Vertreter der slowenischen Minderheit in Kärnten aufgerufen, in Gespräche zur Erzielung eines Konsenses einzutreten. Jeder, der diese auf Seite 7 im Original abgedruckte Botschaft liest, wird erkennen können, dass das, was jetzt geschieht, nur das vom KHD schon 1990 Geforderte ist. Nicht der KHD ist auf einmal konsensbereit geworden (das war er immer), viel mehr haben Vertreter der slowenischen Minderheit ihre Gesprächsverweigerung aufgegeben.

Dabei ist es nachvollziehbar, dass die Aufnahme der Konsensgespräche manche Kärntner schwer irritiert hat, insbesondere solche, bei denen die Erinnerung an unsagbare Gräueltaten, die an Familienangehörigen und Freunden nach Ende des 1. Weltkrieges und noch schlimmer gegen und nach Ende des 2. Weltkrieges begangen wurden, lebendig ist und als schweres Erbe von Generation zu Generation weitergegeben wird. Eingedenk solcher an Vorfahren begangener Verbrechen sind emotionale Vorbehalte gegen die Konsensgespräche nachvollziehbar. Aber: **Alle wollen doch eine gemeinsame, friedliche und positive Zukunft gerade deshalb, damit sich solche schrecklichen Erlebnisse nie mehr oder zumindest möglichst lange nicht mehr wiederholen mögen.**

In wichtigen Bereichen Übereinstimmung zwischen KHD und KAB

Das miteinander reden ist eines der wichtigsten Mittel, Konflikte zu verhindern oder zu lösen und gewaltsame Auseinandersetzungen bis hin zu einem Krieg zu vermeiden. Schon eine Gesprächsverweigerung unter Gegnern ist etwas Problematisches. Gesprächsverweigerung unter Freunden ist darüber hinaus etwas Trauriges!

Weil die KAB-Funktionäre von der oftmals



KHD-Obmann Josef Feldner bei der Kranzniederlegung an der „Stätte der Kärntner Einheit“ am 10. Oktober 2008 im Klagenfurter Landhaushof. Links neben ihm KAB-Obmann Fritz Schretter.



Am 8. Mai 2001 gaben Schretter und Feldner bei einem Runden Tisch mit LH Haider als Vorsitzenden noch gemeinsam ein Bekenntnis zum Dialog mit Slowenenvertretern ab.

vom KHD angebotenen Möglichkeit einer Aussprache über die (in Wahrheit geringfügigen) Auffassungsunterschiede keinen Gebrauch machten, soll einmal mehr dargestellt werden, dass es in den wesentlichen Positionen ohnehin Übereinstimmung zwischen KHD und KAB gibt und dass dort, wo es Auffassungsunterschiede gibt, diese geringwertig sind und weder zum Vorwurf der Untreue noch zum Vorwurf berechtigen, der KHD hätte seine bisherige Linie aufgegeben.

Anhand der KAB-Publikation „Unsere Heimat“ vom Oktober 2007, in der der KAB seine Grundsatzpositionen vollumfänglich dargelegt hat, soll dies nun klargestellt werden.

Aufruf zum Gesetzesbruch wird auch vom KHD verurteilt

Der Aufruf zum Gesetzesbruch und zu Schnellfahraktionen des Obmann-Stellvertreters des „Rat der Kärntner Slowenen“, Rudi Vouk, wird auch vom KHD verurteilt.

Geschwindigkeitsbeschränkungen werden nicht aus „Jux und Tollerei“ verhängt, sondern aus Sicherheitsgründen.

Aktionen, bei denen Gesundheit und Leben anderer Menschen gefährdet werden, können nicht gutgehen werden, selbst wenn der Vorschlag für den Gesetzesbruch vom Ex-Nationalratspräsidenten Andreas Kohl stammt.

Somit völlige Übereinstimmung zwischen KAB und KHD.

Die Schulfrage ist derzeit kein Thema

Der KHD hat sich in der Schulfrage sehr intensiv engagiert. Wenn das herrschende Schulsystem allerdings nicht mehr auf Widerspruch von Eltern jener Kinder stößt, die die Schule

besuchen, scheint kein Handlungsbedarf gegeben. Dem KHD sind seit Jahren keinerlei Beschwerden im Schulbereich zugegangen. Offenbar stößt das derzeitige Schulsystem auch bei Eltern, die der deutschen Mehrheitsbevölkerung in Unterkärnten angehören, nicht auf Widerspruch.



Sollten viele Eltern die Änderung des Schulsystems anstreben, wäre der KHD selbstverständlich bereit, sich dafür einzusetzen.

Daher auch im Bereich des Schulsystems kein Widerspruch zwischen KHD und KAB.

KHD und KAB gleichermaßen für rechtskonforme Bezeichnungen

Auch der KHD sprach und spricht sich immer wieder gegen – oft vorsätzlich verwendete – falsche Formulierungen aus wie solche, dass es in Kärnten zwei Volksgruppen¹⁾, eine zweite Landessprache²⁾ und ein zweisprachiges Gebiet³⁾ gäbe. Derartiges wird vom KHD immer wieder auch gegenüber dem ORF und anderen

Medien beanstandet, wie der KHD auch immer wieder, auch gegenüber dem ORF dafür eintritt, dass in Kärnten bzw. in Österreich deutschsprachige Bezeichnungen für Laibach und Marburg (und andere Städte) verwendet werden, genauso, wie man in Österreich von Rom und nicht von Roma, von Prag und nicht von Praha oder von Venedig und nicht von Venezia spricht.

Somit decken sich Anliegen und Argumentation des KHD und des KAB auch hier.

KHD und KAB für sprachliche Gleichstellung im Kirchenbereich

Dem KHD ist es genauso wie dem KAB ein Anliegen, dass die unzweifelhaft nach wie vor gegebene, sich aber Gott sei Dank reduzierende Ungleichbehandlung von Deutschkärntner Gläubigen gegenüber slowenischen in zahlreichen Kirchen Südkärntens beseitigt werden.

Der KHD hat die Problematik schon oftmals an den Bischof herangetragen und wird dies auch in Zukunft tun, damit jene Geistlichen, die Zwietracht und Konflikte in ihrer Kirchengemeinde fördern, statt auf deren Beseitigung hinzuwirken, entsprechend angewiesen werden.

Auch diesbezüglich gibt es somit Übereinstimmung zwischen den beiden Heimatverbänden.

Ortstafeln und Öffnungsklausel

Auf Seite 12 von „Unsere Heimat“ wird vom KAB eine 18%-Lösung als durchaus logisch und vernünftig bezeichnet und die Aussage von Ex-VfGH-Präsidenten Adamovich, dass sich eine Lösung zwischen 15% und 20% einpendeln würde, unwidersprochen hingenommen. Daraus lässt sich der Schluss ziehen,

¹⁾ Tatsächlich gibt es die deutsche Mehrheitsbevölkerung (die Mehrheitsbevölkerung ist eben keine Volksgruppe) und eine (nämlich die slowenische) Volksgruppe.

²⁾ In Kärnten gibt es nur eine Staats- und Landessprache, nämlich die deutsche Sprache. Die slowenische Sprache ist die verfassungsrechtlich anerkannte und geförderte Sprache der Volksgruppe.

³⁾ Zweisprachige Gebiete sind solche, wo von der Bevölkerung zwei Sprachen gleichermaßen Verwendung finden; in Kärnten wird auch in Orten, wo Angehörige der slowenischen Minderheit leben, überwiegend deutsch gesprochen, sogar von den Angehörigen der Minderheit untereinander.



UNSERE HEIMAT

INFORMATION DES KÄRNTNER ABWEHRKÄMPFERBUNDES

Heimat ist bedeutender und wertvoller als Macht, Geld und Verrat!

Impressum: KAB, Karfreiters-
strasse 144, 9020 Klagenfurt,
Druck: Kärntner Druckerei,
Nr. 02/07, Foto: KAG

Adamovic für Lösung zwischen 15 und 20 Prozent!

Im Rahmen eines Interviews mit der „kleinen Zeitung“ sprach sich Landeshauptmann Jörg Haider für eine 18-Prozent-Lösung in den Gemeinden als „fairen Kompromiss“ aus. Ein Standpunkt, der durchaus logisch und vernünftig wäre.

Haider-Vorschlag bewegt sich innerhalb jenes Rahmens, den selbst der ehemalige VIGH-Präsident Dr. Ludwig Adamowitsch mit Prozenzraten zwischen 15 und 20 vorgeschlagen hat. Der aktuelle Vorschlag des Bundeskanzlers liegt hingegen z.B. in der Gemeinde Hermagor bei 0,6 Prozent.

mannte die SPO zur Kenntnis nehmen, das für eine derartige Vorgangsweise keine Mehrheit im Verfassungsausschuss des Parlamentes gefunden werden kann.

Der ehemalige VIGH-Präsident Dr. Ludwig Adamowitsch hat zum wiederholten Male für die Öffentlichkeit erklärt, dass eine Entscheidung zwischen 15 und 20 % staatsvertraglich und völkerrechtskonform ist und dem Erkenntnis des VIGH entspricht.

gemeinen Richtsatz aufzulegen, keinen Prozentsatz festlegen und die Regierung nicht verpflichten, ein Ortstafelgesetz zu erlassen, oder zu eskalieren. Der VIGH kann dem Gestegeber nicht vorschreiben.

Dadurch ist klarstellend, dass es kein Erkenntnis für eine 10 Prozent-Lösung gibt, besonders für jene, die seit 2001 in ihren Medien die laufend geänderten Einmessen geübt und dem KAB auf Grund seiner klaren Rechtsposition diffamiert.

Auszug aus der KAB-Zeitung „Unsere Heimat“.

dass der KAB damit leben könnte, wenn Ortstafeln überall dort aufgestellt werden, wo der Anteil der slowenischen Bevölkerung zumindest 15% beträgt.

Der KHD sieht dies etwas großzügiger und könnte auch einen Prozentsatz zwischen 15% und 10% akzeptieren.

Die Diskrepanz zwischen KHD und KAB besteht in der Frage, ob die Untergrenze bei 15% oder bei 10% liegen soll; dies ist keine sehr schwerwiegende unterschiedliche Sichtweise.

Eine Öffnungsklausel, die dem KHD zumutbar erscheint, hätte nach seiner Einschätzung in der Praxis keine nennenswerte Bedeutung.

Für beide Positionen gilt aber, dass dies keine Forderungen des KHD sind, sondern Zugeständnisse, die man für den Fall einer friedlichen und auf breiter Basis erfolgenden Einigung in Kauf nehmen würde.

Die Frage, ob man einer Öffnungsklausel zustimmt oder nicht, dürfte wohl kein Anlass für Feindschaft zwischen den beiden Vereinen sein!

Förderungen für die slowenische Minderheit

Der KHD vertritt den Standpunkt, dass es nicht seine Aufgabe ist, für die Kürzung der Förderungen für slowenische Vereine einzutreten. Eine einzige Förderung, mit der sich manche KHD-Mitglieder nicht anfreunden können, ist die Förderung des Verbandes der Kärntner Partisanen.

Da mit der Auflistung der Förderungen für slowenische Organisationen im KAB-Organ „Unsere Heimat“ keine Forderungen verbunden werden, kann man auch hier keinen unterschiedlichen Standpunkt feststellen.

Nach wie vor gibt es die Forderung des KHD, dass förderungsmäßig Vereine der deutschen Mehrheitsbevölkerung in Südkärnten

keinesfalls schlechter gestellt werden dürfen als slowenische Vereine.

Somit wiederum: Keine nennenswerten Unterschiede in den Sichtweisen von KAB und KHD.

Absurder Vorwurf an den KHD: „Verabschiedung von der bisherigen Heimattreue“

Wenn ein bekannter Funktionär in „Unsere Heimat“ darüber schreibt, dass es zu Turbulenzen um den Kärntner Heimatdienst wegen seiner völligen Verabschiedung von seiner bisherigen Heimattreue gekommen sei, so wäre es interessant zu wissen, worin die behauptete „Verabschiedung von der Heimattreue“ angeblich liegt.

Das Vermächtnis der Abwehrkämpfer, insbesondere das führender Köpfe des Abwehrkampfes und der Volksabstimmung von Hülgerth bis zu Steinacher ist es doch, für Frieden im Südkärntner Bereich unserer Heimat einzutreten, also für ein friedliches Zusammenleben der deutschen Mehrheitsbevölkerung mit der slowenischen Minderheit. Im täglichen Leben ist dies in weiten Bereichen ohnehin der Fall. Es gibt auch nicht wenige Angehörige der slowenischen Minderheit, die von der leidigen Ortstafelfrage nichts mehr hören und sehen wollen.

Leider ist es ein Bemühen mancher slowenischer Führungsfunktionäre, das Bild von Unterkärnten im In- und Ausland völlig verfälscht so darzustellen, dass die slowenischsprachigen Südkärntner unter einem Diktat der Deutschkärntner leben müssten. Zuletzt war solches in der vom KHD scharf beanstandeten ORF-Reportage „Nur für Deutsche“ der Fall.

Es wäre schön gewesen, wenn sich der KAB ebenfalls gegen diese tatsachenverfälschende Reportage ausgesprochen hätte.

KHD gegen Sippenhaftung und Pauschalverurteilung

Es ist sicher richtig, dass auch Angehörige der slowenischen Minderheit als Mitglieder von Partisanenverbänden für die Verschleppung und Ermordung von Deutschkärntnern vor und nach Kriegsende, teilweise sogar als Mittäter, verantwortlich waren und dass Angehörige der Minderheit für den Anschluss an das spätere tito-kommunistische Jugoslawien eingetreten sind. Viele haben aber für Österreich gestimmt, was nie vergessen werden darf. Umgekehrt haben Teile des deutschsprachigen Adels für den Anschluss an den SHS-Staat, damals ein Königreich, votiert.

Auch der KHD ist der Ansicht, dass ein Eingeständnis der Funktionäre der slowenischen Minderheit, dass von Partisanenverbände Verbrechen und Gräueltaten begangen wurden, weiterhin einzufordern ist und

ebenso der Ausdruck des Bedauerns. In Teilbereichen hat es solche Erklärungen inzwischen gegeben.

Mit Standpunkten, die auf eine Sippenhaftung und eine Pauschalverurteilung hinauslaufen, geht der KHD nicht konform.

Förderung der Kärntner Minderheit durch Landeshauptmann Dr. Haider

Es ist unbestritten, dass die slowenische Volksgruppe unter Landeshauptmann Dr. Jörg Haider so große Förderungen und Zugeständnisse erhalten hat wie nie zuvor. Diese Förderungen hätte Landeshauptmann Dr. Jörg Haider nicht umgesetzt, wenn er die Angehörigen der slowenischen Minderheit als eine Bevölkerungsgruppe angesehen hätte, die für die Zerschlagung Kärntens und den Anschluss an Jugoslawien/Slowenien seien.

In der slowenischen Minderheit gibt es heute wohl kaum jemanden, der für einen Anschluss Südkärntens an Slowenien eintritt.

Man kann sich auch nicht vorstellen, dass der KAB alle Angehörigen der slowenischen Minderheit in einen Topf mit einigen noch immer unversöhnlichen Slowenenfunktionären werfen will, zumal man weiß, dass auch KAB-Führungsfunktionäre zu Personen, die der slowenischen Minderheit angehören, ein gutes Gesprächsklima unterhalten.

Zusammenfassend sieht man weit mehr Übereinstimmung als Diskrepanz. Schon gar nichts lässt sich erkennen, was an der Vorgangsweise des KHD als „Verabschiedung von der bisherigen Heimattreue“ qualifiziert werden könnte.

Dort, wo unterschiedliche Auffassungen bestehen, sind diese als solche wechselseitig akzeptabel, ohne dass man deswegen den jeweils anderen abqualifizieren oder gar beschimpfen sollte.

Es ist ein Gebot der den Kärntnern innewohnenden Heimatliebe, nicht für Trennendes zu sorgen, sondern sich zum Wohle Kärntens gemeinsam für die Zukunft zu wappnen, die auf uns mit Herausforderungen zukommen wird, in der man noch zu den gegenwärtig diskutierten Themen zwischen deutschsprachiger Mehrheitsbevölkerung und slowenischsprachiger Minderheit sagen wird:

„Diese Probleme möchten wir haben!“

Vom Glockner bis nach Lavamünd: Wir sind alle Kärntner und daher unseren Nachfahren verpflichtet, in diesem heiß umkämpften, aber ganz besonderen Fleckchen der Erde unsere Kräfte gemeinsam zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen zu bündeln.

Wir dürfen und werden Kärnten nicht dadurch schwächen, dass wir uns untereinander kleingeistige Scharmützel liefern und uns damit auch dem Spott außerhalb unserer gemeinsamen Heimat aussetzen.

Der KHD sprach sich bereits 1989 für den Dialog ohne Vorbedingungen aus

Die nachfolgend in Faksimile abgedruckte Seite aus unserer Zeitung „DER KÄRNTNER“ ist ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass der Kärntner Heimatdienst schon vor 20 Jahren und nicht erst heute für Frieden und Verständigung eingetreten ist.

Das Dokument

SEITE 12

DER KÄRNTNER

Der Weg zum friedlichen Miteinander

Der Kärntner Heimatdienst bekennt sich zu einem gleichberechtigten friedlichen Miteinander der Kärntner beider Zungen in einem freien und ungeteilten Kärnten innerhalb der demokratischen Republik Österreich.

Das Recht der slowenischen Landsleute auf freie und ungehinderte natürliche Entwicklung im Lande auf der Basis des Staatsvertrages und seiner Ausführungsgesetze wird vom Kärntner Heimatdienst als unumstößlich anerkannt.

Die permanente Konfliktsituation, die oberflächliche Beobachter außerhalb unseres Landes zu erkennen glauben, besteht tatsächlich nicht. Deutschkärntner und Slowenen leben überwiegend in guter Nachbarschaft in den Orten Südkärntens nebeneinander. Man trifft sich auf der Straße, grüßt sich und spricht miteinander.

Das ist der Alltag im Kärntner Grenzland.

Wenn der KHD als überparteiliche Vertretungsorganisation Deutschkärntner Interessen Kritik übt, so richtet sich diese Kritik stets gegen konkrete Eingriffe in die Rechte der Mehrheitsbevölkerung, gegen den Verbalradikalismus extremistischer slowenischer Kreise und gegen großslowenische und somit antiösterreichische Nationalismen, niemals aber gegen die slowenischen Landsleute im allgemeinen.

Unterschiedliche Gruppeninteressen, wie sie in vielen Bereichen bei Deutschkärntnern und Slowenen auch in Zukunft natürlich bestehen bleiben werden, sind ausschließlich auf demokratische Weise auszutragen und stehen dann keineswegs zwangsläufig im Widerspruch zu einem friedlichen Miteinander.

Wollen wir nicht auf der Stelle treten und in selbst-

gefälligem Beharrungsvermögen versteinern, dann müssen die Exponenten beider Seiten Bereitschaft zu einem Schritt nach vorne zeigen. Der KHD ist dazu bereit, weil es ihm ernst ist mit seinem Bekenntnis zum friedlichen Miteinander.

Konkret werden den Slowenenverbänden folgende Schritte vorgeschlagen, die auch sie zu gehen bereit sein sollten:

- Der Dialog, das Gespräch miteinander ohne Vorbedingungen ist zwingend der erste Schritt zueinander.
- Der zweite Schritt ist die von den Vertretern der Deutschkärntner und Slowenen gemeinsam zu bekundende Bereitschaft, Ressentiments – entstanden aus einer gemeinsamen leidvollen Geschichte – abzubauen. Dabei müßte gegenseitig darauf verzichtet werden, Fehler aus der Vergangenheit einander vorzuhalten. Das ist aber wirklich nur möglich, wenn beide Seiten gleichzeitig darauf verzichten.
- Gruppeninteressen und Individualrechte des jeweils anderen sind von beiden Gruppen zu respektieren. Keine Gruppe soll für sich Privilegien anstreben oder die eigene Gruppe zu Lasten der anderen zu vergrößern trachten. Aus Interessenskollisionen entstandene unterschiedliche Auffassungen sollen nicht zur Konfrontation führen, sondern im gemeinsamen Gespräch zu bereinigen versucht werden.

Bereits das Gespräch über diese Vorschläge für Schritte zueinander wäre ein Beginn. Ein Beginn zum Beweis eines guten Willens. Nun liegt es an den Slowenenverbänden, diesen Beweis auch anzutreten.



WIR DANKEN UNSEREN FREUNDEN UND FÖRDERERN
und wünschen ihnen allen
EIN GESUNDES UND ERFOLGREICHES JAHR
1990

„Blue Card“ – Andreas Mölzer und Hubert Pirker in der Kontroverse

Europa am Scheideweg

Massenzuwanderung und Vertrag von Lissabon – Schicksalsfragen für die europäischen Völker.

„Blue-Card“ – Millionen Zuwanderer durch die Hintertür

Ab 2011 will die Europäische Union die Zuwanderung mittels einer sogenannten „Blue Card“ regeln. Denn Europa brauche, behaupten Brüssel und Wirtschaftskreise unisono, wegen der demographischen Entwicklung zunehmend Facharbeitskräfte aus Drittstaaten, also aus Ländern, die nicht der EU angehören. Und damit angeblich wirklich nur die gut Ausgebildeten aus allen Teilen der Welt nach Europa strömen, müsse das Gehalt des Angeworbenen zumindest das 1,7fache des Durchschnittslohns des betreffenden Mitgliedstaates betragen.

Das Antlitz Europas würde sich gravierend verändern

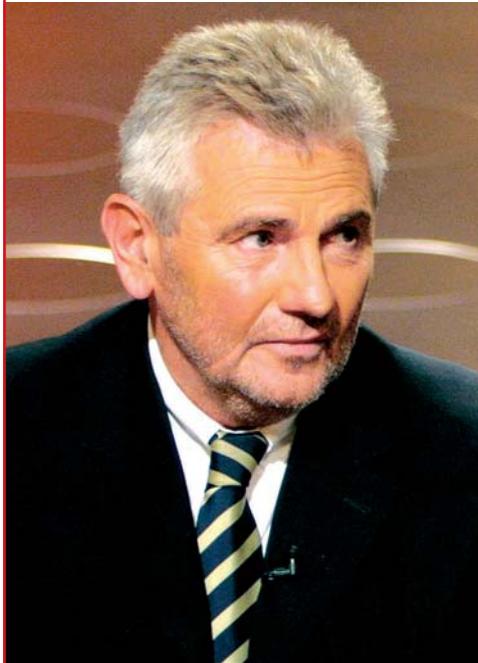
Hinter diesem „Blue-Card“-Modell steht das Vorhaben, unter dem Deckmäntelchen des Arbeitskräftemangels Millionen Zuwanderer nach Europa zu holen. Dem Vernehmen nach sollen es bis zur Mitte des Jahrhunderts über 50 Millionen sein. Und sollte dieser Plan umgesetzt werden, dann würde sich in den kommenden Jahrzehnten das ethnische Antlitz Europas unwiderruflich verändern. Nicht mehr die alteingesessenen Völker würden unseren Kontinent prägen, sondern ähnlich den Vereinigten Staaten von Amerika eine form- und identitätslose Masse, für die Konsum und Massenunterhaltung im Vordergrund steht.

Wie weit die Pläne der Brüsseler Zentrale schon gediehen sind, die Völker Europas auszutauschen, zeigt sich in Bamako, der Hauptstadt des westafrikanischen Staates Mali. Denn



Fachkräfte aus dem westafrikanischen Mali?

Unser KHD-Anwalt in Brüssel



Andreas Mölzer

KHD-Vorstandsmitglied, fraktionsloses Mitglied des EU-Parlaments



in Bamako betreibt die EU ein sogenanntes „Job Center“, das den „freien Personenverkehr in Afrika und der EU“ vorantreiben will. Dass in Mali oder anderen afrikanischen Staaten dringend benötigte Ingenieure oder Techniker rekrutiert werden können, darf freilich bezweifelt werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich ein Heer Unqualifizierter auf den Weg nach Europa machen wird.

Gleiches gilt übrigens für das Lieblingsprojekt der Brüsseler Erweiterungsfanatiker und ihrer einflussreichen Drahtzieher im Hintergrund, die islamische, außereuropäische Türkei um jeden Preis in die EU aufzunehmen. Denn dass aus der Türkei nicht Istanbuler Universitätsprofessoren, sondern vorrangig ungelernete ostanatolische Arbeitssuchende in die EU auswandern, lässt sich schon längst am Straßenschild unzähliger Städte in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland ablesen.

Facharbeitskräfte aus Drittstaaten sollten nur als letztes Mittel in Betracht kommen

Natürlich ist der Mangel an Facharbeitskräften ein ernsthaftes Problem für die Wirtschaft der Mitgliedstaaten. Aber deswegen gleich die Tore nach Europa sperrangelweit zu

öffnen, ist die falsche Lösung. Statt massenhaft Zuwanderer aus der Dritten Welt zu holen – wobei zweifelhaft ist, ob ein Abschluss, etwa der Universität von Timbuktu, mit jenem einer europäischen Universität vergleichbar ist – müsste die Wirtschaft in die Pflicht genommen werden. Hier ist etwa an Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu denken, um die Chancen der heimischen Arbeitnehmer zu erhöhen. Und erst als letztes Mittel zur kurzfristigen Überbrückung eines Mangels sind Facharbeitskräfte aus Drittstaaten zu holen. Dann aber nur als Saisoniers für einen klar befristeten Zeitraum und selbstverständlich ohne Familiennachzug.

Geburtenfördernde Politik ist dringend vonnöten

Aber alle Qualifizierungsmaßnahmen werden letztendlich erfolglos sein, wenn sich die Staaten Europas nicht für eine geburtenfördernde Politik entscheiden. Hier muss neben steuerlichen Vorteilen für kinderreiche Familien vor allem ein Umdenkprozess stattfinden: Entgegen dem spätlinken politisch korrekten Zeitgeist dürfen Kinder nicht als Karrierehindernis angesehen werden, sondern als Bereicherung des eigenen Lebens.



Kinder nicht als Karrierehindernis ansehen!

Widerstand gegen den Vertrag von Lissabon. Dieser ist noch lange nicht in Kraft

Die zweite wichtige Frage, wo Europa am Scheideweg steht, ist der Vertrag von Lissabon. Nachdem dieses Vertragsmachwerk im Juni von den Iren bekanntlich mit klarer Mehrheit abgelehnt wurde, geht der Ratifizierungsprozess munter weiter.

Gegenwärtig haben 23 der 27 Mitgliedstaaten den Lissabon-Vertrag angenommen, und seitens der EU-Polit-Nomenklatura wird ein gewaltiger Druck auf die Regierung Irlands



Zweite Abstimmung in Irland?

ausgeübt, im nächsten Jahr eine zweite Volksabstimmung anzusetzen. Anstatt die Entscheidung des Bürgers, des Souveräns, vorbehaltlos zu respektieren, soll also so lange abgestimmt werden, bis das gewünschte Ergebnis herauskommt. Damit ist diese Vorgehensweise in der real existierenden Europäischen Union unserer Tage nicht nur zutiefst undemokratisch, sondern lässt auch einen Hauch von Erinnerung an

die untergegangene Sowjetunion unseligen Angedenkens aufkommen.

Dennoch: Der Vertrag von Lissabon ist noch lange nicht in Kraft und auf die EU-Fanatiker könnten noch einige Überraschungen zukommen. In Irland ist, so sagen es jedenfalls Meinungsumfragen, ein „Ja“ bei einem möglichen zweiten Referendum alles andere als gewiss. Ebenso ist beim bundesdeutschen Verfassungsgericht eine Klage anhängig, die den sogenannten EU-Reformvertrag zu Fall bringen könnte. Und Scheitern könnte der Lissabonner Vertrag übrigens auch an Österreich: Zwar hat der Verfassungsgerichtshof Klagen von Vertragsgegnern zurückgewiesen, weil die formalen Voraussetzungen nicht gegeben waren, aber die FPÖ wird, wenn der Vertrag von Lissabon in Österreich in Kraft tritt, beim VfGH eine juristisch einwandfreie Klage einbringen. Schließlich wurde dieser EU-Vertrag unter Missachtung der österreichischen Verfassung ratifiziert, weil den Bürgern die vorgesehene Volksabstimmung verweigert wurde. Und

dann bleiben noch die Präsidenten Polens und Tschechiens, Lech Kaczynski und Vaclav Klaus, die so lange ihre Unterschrift verweigern sollen, solange der Lissabon-Vertrag in Irland auf Eis liegt.

Keine Einmischung von außen!

So wichtig der Kampf der europäischen Staaten und Völker gegen den zentralistischen Lissabonner Vertrag auch ist, so ist und bleibt das einzig und allein ihre Aufgabe und darf nicht zur Einmischung einer außereuropäischen Macht, in diesem Fall der USA, führen. Denn die Vereinigten Staaten verfolgen ganz andere Interessen und versuchen, Europa an der kurzen außen- und sicherheitspolitischen Leine zu halten. Und die europäischen Nationalstaaten dürfen weder unter der Kuratel Brüssels noch jener Washingtons stehen, sondern müssen zum gemeinsamen Wohl auf freie und gleichberechtigte Art und Weise zusammenarbeiten.

Gastkommentar

Blue Card für Spitzenarbeitskräfte aus dem EU-Ausland

Die EU ist als Einwanderungsziel für Spitzenarbeitskräfte unattraktiv

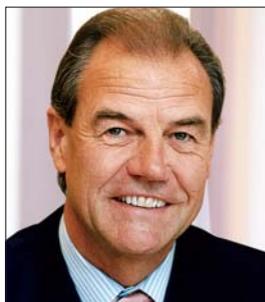
Mit dem verbesserten Asylsystem, dem einheitlichen Visainformationssystem sowie dem verstärkten Schutz der EU-Außengrenzen, arbeitet die Europäische Union konsequent daran, illegale Einwanderung zu stoppen. Es muss jedoch auch die legale Einwanderung in geordnete Bahnen gelenkt werden. Die EU braucht hoch qualifizierte Einwanderer aus dem EU-Ausland. Mit der Blue Card – der Name wurde von mir in Anlehnung an die amerikanische Green Card initiiert und von der Europäischen Kommission übernommen – wird erstmals ein Instrument geschaffen, welches gezielt den temporären Aufenthalt hoch qualifizierter Arbeitskräfte regelt.

Nach wie vor wird die EU von Spitzenarbeitskräften als unattraktiv eingeschätzt. Die EU schneidet im Wettbewerb um die „besten und klügsten Köpfe“ im Vergleich mit den klassischen Einwanderungsländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien verhältnismäßig schlecht ab. Wesentliche Ursache für die geringe Attraktivität der EU als Einwanderungsziel sind die derzeit in der EU existierenden 27 unterschiedlichen Zulassungssysteme. Sie machen es potentiellen Arbeitsmigranten aus Drittstaaten auch schwer,

sich von einem Mitgliedstaat zum anderen zu bewegen. So führen die unterschiedlichen Regelungen zu einem Wettbewerb unter den Mitgliedstaaten selbst.

Mit der so genannten Blue Card, einer kombinierten Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, soll der Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU für Hochqualifizierte erleichtert werden. Zu den Mindestanforderungen einer Blue Card sollen nach Ansicht des Europäischen Parlaments ein Hochschulabschluss oder eine fünfjährige Berufserfahrung sowie ein Gehalt von mindestens dem 1,7 fachen des durchschnittlichen Bruttolohns gehören. Ein gültiger Arbeitsvertrag oder ein bindendes Arbeitsangebot sind ebenso Voraussetzung für den Erhalt der Blue Card, wie ein gültiges Reisedokument, eine ausreichende Krankenversicherung und der behördliche Nachweis, dass die Arbeitskraft keine Gefahr für die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit darstellt.

Das Europaparlament schlägt außerdem eine Gültigkeitsdauer von 3 Jahren mit einer



Von Dr. Hubert Pirker
MEP, ÖVP-Sicherheits-
sprecher im
Europaparlament

Verlängerungsmöglichkeit um 2 weitere Jahre vor. Beträgt die Dauer des Arbeitsvertrages weniger als 3 Jahre, wird die EU Blue Card für die Dauer des Arbeitsvertrages plus sechs Monate ausgestellt. Die Blue Card erlischt, sollte eine durchgehende Arbeitslosigkeit von 6 Monaten bestehen. Mit diesen Regeln soll die Blue Card das dringend benötigte effektive Kontrollinstrument für legal aufhältige Spitzenarbeitskräfte aus Drittstaaten werden.

Die Blue Card darf aber kein Interrail-Ticket für Arbeitsmigranten werden.

Die Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung muss daher mit dem Emblem des ausstellenden Mitgliedstaates versehen sein. Ich konnte mich mit meiner Forderung durchsetzen, auf der Blue Card sichtbar zu machen, welches Land die Blue Card ausgestellt hat. Eine Blue Card mit rot-weiß-roten Streifen macht klar, dass die Arbeitsbewilligung für Österreich gilt.

Mit der Blue Card wird Österreich also keine Zuwanderung aufgezwungen. Österreich sucht jene hochqualifizierten Arbeitskräfte aus, die es braucht und lädt sie ein, nach Österreich zu kommen. Das steigert die Sicherheit im Migrationsbereich, das nützt unserer Wirtschaft, das ist im Interesse Österreichs.

Dankbare Erinnerung an die Volksabstimmung am 10. Oktober 1920

In Verantwortung für die Zukunft



Kranzniederlegung von Mitgliedern des KHD-Vorstands zum Tag der Kärntner Volksabstimmung an der „Stätte der Kärntner Einheit“. Die Bezeichnung des Denkmals erfolgte 1998 über Vorschlag von KHD-Obmann Josef Feldner. Der Text auf der 1998 angebrachten Tafel des Kärntner Heimatdienstes (im Bild links oben) „**Stätte der Kärntner Einheit- Mahnmal für ein immerwährendes gleichberechtigtes und friedliches Miteinander aller Kärntner**“ entspricht dem schon damals bekundeten Willen des KHD, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

„Fest der gemeinsamen Heimat Kärnten“ in Ludmannsdorf

Das Trennende überwinden



„Friede – Versöhnung – Verständigung“ war das Motto der von zahlreichen Ehrengästen besuchten gemeinsamen Abstimmungsfeier. Die veranstaltende Konsensgruppe verfasste darüber eine Broschüre (Näheres dazu siehe Seite 14)

In den vergangenen Jahren hatte der KHD immer wieder das Fernbleiben von Repräsentanten der slowenischen Volksgruppe an Abstimmungsfeiern kritisiert.

Der Kärntner Konsensgruppe ist es am 10. Oktober 2008 gelungen, erstmals bei einer überregionalen Gedenkfeier Deutschkärntner

und Slowenischkärntner in der zweisprachigen Gemeinde Ludmannsdorf/Bilčovs zu einem gemeinsamen Fest in Erinnerung an die für Österreich erfolgreiche Kärntner Volksabstimmung zusammenzuführen. Die Feier, zu der Bundespräsident Heinz Fischer, die Spitzen der Bundes- und Landesregierung, des National- und Bun-

desrates, des Landtages, der Kirchen und Sozialpartner Grußbotschaften übermittelt hatten, war auf Anerkennung und Gemeinsamkeit sowie auf Akzeptanz beider Sprachen ausgerichtet und könnte damit für Konfliktregionen in anderen Teilen Europas von Beispiel gebender Wirkung sein.

Josef Feldner in Wien:

Es ist nicht Aufgabe des Heimatdienstes für zweisprachige Ortstafeln zu kämpfen

Aber, es ist Heimat-Dienst unbegründete Ängste zu zerstreuen

Heimat-Dienst leisten für positives Erscheinungsbild Kärntens

Die Kärntner Konsensgruppe, der Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Marjan Sturm, Heinz Stritzl und Stefan Karner als Moderator angehören, präsentierte vor einigen Wochen bei einer Pressekonferenz in Wien ihre Broschüre „Kärnten neu denken“.

- Das besondere Interesse der Journalisten galt jedoch der strittigen Ortstafelfrage. Darauf angesprochen, stellte Feldner klar: „Es ist nicht die Aufgabe des Kärntner Heimatdienstes, als überparteiliche Vertretungsorganisation für Interessen der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung, für mehr zweisprachige Ortstafeln auf die Barrikaden zu steigen. Aber es ist unsere Aufgabe Heimat-Dienst zu leisten gegen Desinformation, Legendenbildung und Panikmache. Heimat-Dienst zu leisten für ein friedliches Miteinander und für ein endlich positives Erscheinungsbild Kärntens als ein Land ohne Volksgruppenstreit ...“

Feldner: „Ortstafelkonsens bewirkt kein „Slowenisch-Kärnten“

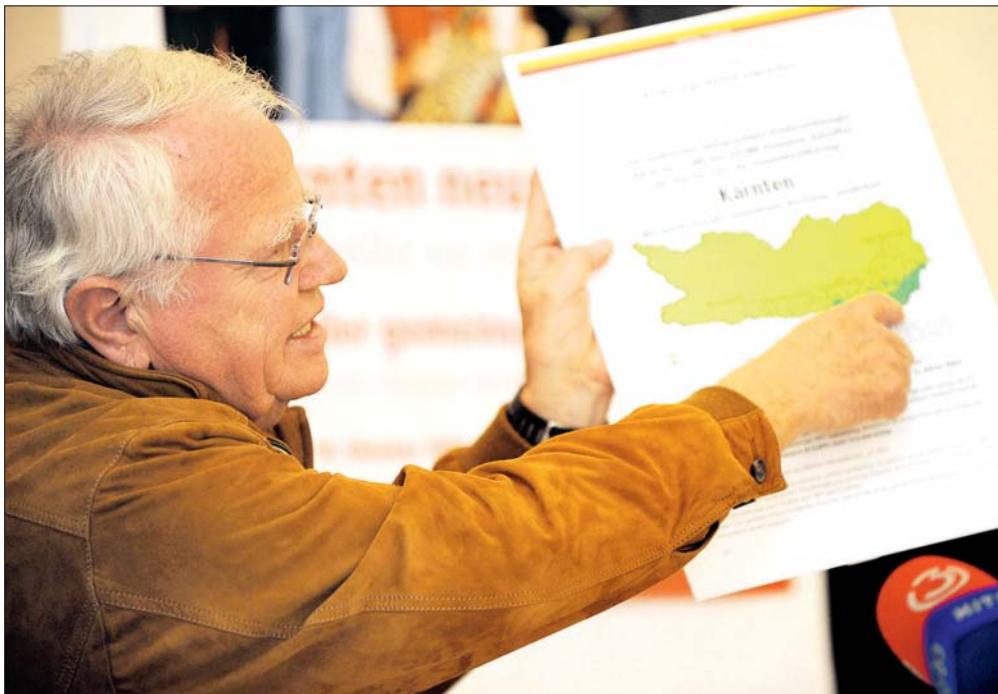
Mit Sachinformation und mühsamer Überzeugungsarbeit will der KHD auch im kommenden Jahr unbegründete Ängste nehmen, betonte Feldner bei der Pressekonferenz.

Dabei gelte es vor allem der von gewissen Kreisen gezielt gestreuten Behauptung zu begegnen, der Ortstafelkonsens leiste der Schaffung eines slowenischen Territoriums Vorschub.

Über weitere Ortstafeln hat ausschließlich die Politik zu entscheiden

Auch das stellte Feldner klar. Die Konsensgruppe habe lediglich einen Vorschlag vorgelegt. Ob und wie dieser Vorschlag umgesetzt wird, ist alleinige Angelegenheit der Politik.

Unabhängig davon, sieht es der KHD jedoch als seine Pflicht an, die betroffene Bevölkerung sachlich darüber zu informieren, worüber in der Konsensgruppe Einigung erzielt wurde.



Feldner erklärt den Journalisten in Wien anhand einer Graphik, dass 95% der Kärntner Orte rein deutsch beschildert blieben.

Das ist um so wichtiger, als es die Politik bisher verabsäumt hat, diese Informationsarbeit zu leisten.

Daher bringen wir einen Auszug aus ei-

nem in unserem Blatt im Juli 2007 veröffentlichten, der Sachinformation dienenden Artikel (Basis Gusenbauer-Modell 2007):

Wie würde sich der „Gusenbauer-Vorschlag“ auswirken?

Von zusätzlichen zweisprachigen Ortsbezeichnungen wären nur 11.000 von 529.000 Einwohnern betroffen. Das sind nur 2%(!) der Gesamtbevölkerung!

Im Bundesland Kärnten gibt es insgesamt 2.824 Ortschaften. 2.661 (94,23%) der Orte Kärntens blieben rein deutsch, 163 (5,77%) wären dann deutsch-slowenisch beschildert

Der slowenischsprachige Anteil an allen topographischen Aufschriften Kärntens, beträgt somit weniger als 3%, berücksichtigt man die bisher noch nie erwähnte Tatsache, dass über jeder slowenischen Aufschrift die deutsche Aufschrift angebracht sein muss.

Der Großteil dieser 163 Orte ist bereits seit 1977 zweisprachig! Hinsichtlich 50 neu hinzu kommender Orte gibt es zwischen den Parteien Übereinstimmung.

Lediglich 25 (0,89%) dieser Orte sind strittig!



Von Heinz Stritzl,
Sprecher der
„Plattform Kärnten“

Ein Dankeschön zum Abschied

Nicht nur in den meisten österreichischen Medien, sondern in fast allen ausländischen Zeitungen wurde das Ausscheiden von Außenministerin **Ursula Plassnik** aus der Regierung mit Überraschung und Bedauern vermerkt. Die slowenische Zeitung „Večer“ spricht von einem Zerfallen des bisherigen Teams.

Konsensgruppe verliert die engagierteste Fürsprecherin in der Bundesregierung

Zweifellos hat Österreich mit **Ursula Plassnik** die angesehenste Politikerin des Landes und damit auch sein Gesicht in der Welt verloren. Die Ministerin war nicht bereit, als Feigenblatt an einer von ihr nicht vertretbaren Europapolitik mitzuwirken. Als Kärntnerin war sie ihrem Heimatland ganz besonders verbunden. Sie war die engagierteste Fürsprecherin der Konsensgruppe in der Bundesregierung.

Es sei nur daran erinnert, dass sie in einer Note Österreichs an das UNO-Komitee zur Beseitigung von Rassismus die Arbeit der Konsensgruppe im allgemeinen, und das Feldner/Sturm-Buch „Kärnten neu denken“ im besonderen, als „Vorbild für andere Konfliktregionen in Südosteuropa“ würdigte, wofür ihr nochmals Dank gesagt werden soll.

Bemerkenswerte Erklärungen beim Volksgruppenkongress

Beim 19. Volksgruppenkongress in Klagen-

furt schlug der Festredner **Reginald Vospernik** vor, in Anlehnung an die Staatszielbestimmung zum Schutz der slowenischen Volksgruppe eine Landeszielbestimmung in die Kärntner Landesverfassung aufzunehmen. Die Kärntner Landesverfassung schütze berechtigterweise seltene Pflanzen und Tiere, doch wäre der Schutz einer 1400 Jahre alten Sprache und Kultur sicherlich eine Bereicherung, so Vospernik.

Interessant war auch die Aussage des zweiten Vortragenden **Janko Ferk**, er habe noch keinen Slowenen getroffen, der sich über den Ausgang der Volksabstimmung 1920 beklagt hätte.

Konsensgruppe war 2008 sehr aktiv

2008 stand im Zeichen großer Bemühungen der Konsensgruppe, Vorurteile auszuräumen und Verständnis füreinander zu wecken. Die Konsensgruppe handelt nach einem Grundsatz, den der große Humanist **Hugo Grotius** in der ungleich schwierigeren Zeit des 30jährigen Krieges folgend formulierte: „Keine Widrigkeit des Schicksals bringt mich davon ab, für jeden Streit eine rationale Lösung zu suchen.“

Die Last der Vergangenheit

Es gibt sie, die Urangst älterer Menschen einerseits mit den Traumen der Vergangenheit, und die Unbekümmertheit junger Menschen andererseits, die die Tragödien nicht kennen. Diese beiden Spannungsfelder machen auch die Lösung der Ortstafelfrage zum Problem.

Menschen beider Seiten, die Schreckens-taten miterlebt oder dessen Angehörige davon betroffen waren, haben, wenn auch unbegründet, heute noch Angst und hegen Misstrauen. Manche Wunden wird die Zeit und eine gezielte ehrliche Aufklärungsarbeit heilen. Wir wissen aber auch, dass nicht alle eine Aussöhnung wollen. Oft sind es aber gerade jene, die selbst von den Tragödien mit Verschleppung, Ermordung und Aussiedelung gar nicht betroffen waren.

Dennoch: Die Last der Vergangenheit steht noch heute hinter so mancher Ortstafel.

Der KHD mit Obmann Feldner wird aber nicht müde werden, gezielt mit Maßnahmen, die Vertrauen schaffen, auch den Menschen in Südkärnten den Blick zur Realität zu schärfen. Und irgendwann werden auch jene, die, sei es aus politischem Kalkül oder aus einer Abhängigkeit heraus, mit den Traumen der Vergangenheit und wirren Ver-ratsvorwürfen spielen, eingestehen müssen, dass in einem Klima der ständigen Konfrontation nichts erreicht werden kann.



Von KHD-Obmann-
stellvertreter Franz Jordan

KHD: Vergangenheit mit Blick in die Zukunft überwinden



Die Last der Vergangenheit kann am Wirkungsvollsten mit deren gemeinsamer Bewältigung überwunden werden. **Dazu gehört vor allem auch gemeinsames Opfergedenken.** So wie es heuer möglich war, gemeinsam mit Slowenenvertretern der Opfer des Abwehrkampfes zu gedenken, nahmen eine KHD-Delegation mit Obmann Feldner und seinem Stellvertreter Franz Jordan sowie Heinz Stritzl von der „Plattform Kärnten“ (Bild oben links) am Nationalfeiertag am Gedenken von „Memorial Kärnten/Koroška“ für Opfer des Nationalsozialismus teil. **Mit Blick in die Zukunft ist dem KHD Jugendförderung ein Anliegen.** Im Bild rechts oben Franz Jordan bei der Siegerehrung „Alpen-Adria-Cup 2008“ in Klagenfurt.



Das Vermächtnis

Jörg Haider war für die Verständigung

Der plötzliche Tod von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider löste auch innerhalb des Kärntner Heimatdienstes tiefe Betroffenheit aus. Schon bald nach Beginn seiner Tätigkeit in Kärnten ist es Haider gelungen, den bis dahin oft ausgegrenzt gewesenen Heimatsorganisationen einen angemessenen politischen Stellenwert in der Kärntner Zivilgesellschaft einzuräumen. Das werden wir stets dankbar in Erinnerung behalten, ebenso wie sein grundsätzliches Verständnis für den vom KHD eingeschlagenen Weg der Verständigung.

Von Josef Feldner

Haider: „Die Ablehner jeder Lösung wählen nicht Jörg Haider und das BZÖ“

Seine grundsätzlich positive Einstellung zum laufenden Dialog mit Slowenenvertretern bekundete LH Haider noch wenige Wochen vor seinem Tod gegenüber einer KHD-Delegation und bedauerte bei dieser Gelegenheit, dass der Schlüssel-Haider-Entwurf zur Lösung der strittigen Ortstafelfrage keine Mehrheit gefunden hat.

Wie positiv engagiert Haider im Juli 2006 in dieser Streitfrage war, beweisen seine geradezu euphorischen Aussagen bei der Präsentation des Lösungsvorschlags, der weitgehend auf dem Kompromissvorschlag der Konsensgruppe beruhte.

Zum Beweis dafür einige Auszüge aus seinen zahlreichen zum Thema abgegebenen Presseerklärungen:

- Es sei ein „Ein Weg der Vernunft.“
Und weiter:
- „Irgendwann muss man über die Brücke gehen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen.“ (Kleine Zeitung, 3. Juli 2006).

Gegenüber der *Kärntner Woche* sagte Haider:

- „Die, die zu den extremen Ablehnern jeder Lösung gehören, wählen nicht den Jörg Haider und das BZÖ, die stets lösungsorientiert agiert haben ...
... Viele haben gesagt, sie wollen keine



Haider im Juli 2006 im Klagenfurter Landhaus: „Irgendwann muss man über die Brücke gehen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen ...“

weiteren Tafeln, (nur) um unsere Verhandlungsposition zu stärken.“ (*Kärntner Woche*, 5. Juli 2006)

An die Adresse der Konsensgruppe:

- „Ich denke, man sollte in der nächsten Zeit ein gemeinsames Fest machen, wo all jene, die sich um diesen Kompromiss bemüht haben, zusammenkommen und mit den Vereinen einen festlichen Akt gestalten, um zu zeigen: **Alle stehen dahinter!**“

Wenn LH Haider nach dem Scheitern seiner Kompromisslösung eine überaus restriktive Haltung zeigte und im Sommer 2007 dem nur geringfügig geänderten „Gusenbauer-Modell“ ablehnend gegenüber stand, so ist dies nicht auf eine Aufgabe

seiner Konsensbereitschaft, sondern mit seiner tiefen Enttäuschung zu begründen, dass sein von ihm so emotional vertretener Lösungsvorschlag nicht realisiert werden konnte.

LH Haider war ein Förderer der slowenischen Volksgruppe.

Wir stark seine Bereitschaft ein friedliches Miteinander in Kärnten zu schaffen war, beweist ein Zitat aus dem Vorwort der im Sommer 2006 erschienenen Broschüre „Minderheitenpolitik und Volksgruppenförderung in Kärnten“:

„Ich plädiere für eine Volksgruppenpolitik, die im Geiste der europäischen und kulturellen Vielfalt einen partnerschaftlichen Umgang mit Toleranz, Achtung und Gleichbehandlung zwischen den beiden Volksgruppen bewirken soll. Mein besonderes Anliegen ist es dabei, eine ausgewogene Förderung der Volksgruppen im Land zu gewährleisten ...“

Beachten Sie bitte unsere Angebote



Ein zeitloses Buch als Dokument eines neuen Weges in Kärnten

Die langjährigen Kontrahenten Josef Feldner und Marjan Sturm schildern in ihrem im Oktober 2007 erschienenen Buch „Kärnten neu denken“ auf 256 mit vielen Bildern und Dokumenten versehenen Seiten eindrucksvoll und spannend den schwierigen Weg von der Konfrontation zur Verständigung.

Das außergewöhnliche Buch, für das Bundespräsident Heinz Fischer ein Vorwort schrieb, hat inzwischen in der österreichischen Öffentlichkeit weit über Kärnten hinaus eine breite Würdigung erfahren und längst bereits internationale Aufmerksamkeit erregt.

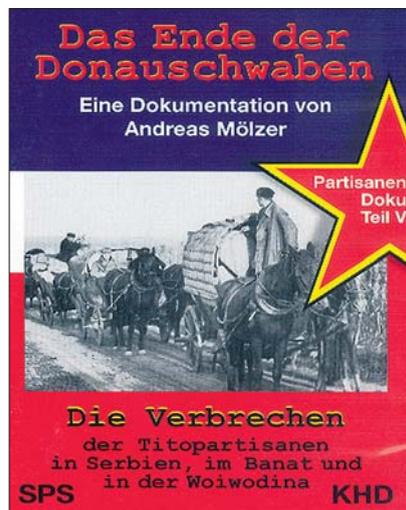
In einer Antwortnote Österreichs an das UNO-Komitee zur Beseitigung von Rassismus wird das Buch als Vorbild für andere Konfliktregionen in Südosteuropa gewürdigt.

Das Buch kostet 22 Euro. Mit dem Kauf des Buches unterstützen Sie auch die Arbeit des KHD. Bedienen Sie sich bitte des beiliegenden Zahlscheins. Sie erhalten sodann das Buch postwendend und portofrei zugestellt.

Filmdokumentation über die Verbrechen der Titopartisanen

Teil V „Das Ende der Donauschwaben“ ist ab sofort zum **Preis von nur 10 Euro** auf DVD erhältlich

Aus der Videoserie über die Partisanenverbrechen, behandelt Teil V die Nachkriegsverbrechen an den Donauschwaben in Serbien, im Banat und in der Woiwodina.



In der Dokumentation von EU-Abg. Andreas Mölzer in Zusammenarbeit mit dem KHD kommen vorwiegend Zeitzeugen zu Wort, die über die Massenmorde nach Kriegsende, die Leiden in den Partisanenlagern, die Verschleppung in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit, über die verzweifelten Fluchtversuche und über das Leben der heutigen Rest-Volksgruppe berichten.

Bisher sind als VHS-Videos erschienen:

Teil I: „In der glühenden Lava des Hasses“. Partisanenverbrechen zwischen Karawanken und Hornwald.

Teil II: „Titos mörderische Macht“ über den Partisanenterror in Kärnten

Teil III: „Völkermord an der Save“. Partisanenverbrechen in der Untersteiermark und

Teil IV: „Massenmord in den Karsthöhlen“. Verbrechen der Titopartisanen in Triest, Istrien und Friaul.

Preis 18 Euro (+ 1,50 Euro Versand) je Kassette. Wir wollen keine neuen Gräben aufreißen, wohl jedoch die grauenhaften Menschenrechtsverletzungen vor dem Vergessen bewahren.

Bestellungen bitte an KHD: Prinzhoferstraße 8, 9020 Klagenfurt, telefonisch 0463/54002, per Fax 0463/540029, E-Mail: office@khd.at. Sodann umgehende Zusendung.

In Vorbereitung: Ein Abschlussteil zur Serie, der das Bemühen um Versöhnung der ehemaligen Feinde dokumentieren soll!

Neu! Broschüre der Kärntner Konsensgruppe



Kärnten neu denken Koroško na novo misliti

Fest der gemeinsamen Heimat
Praznik skupne domovine Koroške

10. Oktober 2008, Ludmannsdorf/Bilčovs

Die Dokumentation eines neuen Weges
Dokumentacija nove poti

Das „Fest der gemeinsamen Heimat“, das am 10. Oktober 2008 in der zweisprachigen Gemeinde Ludmannsdorf gefeiert wurde, und zu dem Bundespräsident Heinz Fischer, die Spitzen der Bundes- und Landesregierung, des National- und Bundesrates, des Landtages, der Kirchen und Sozialpartner, Grußbotschaften übermittelt haben, wurde nun in einer teilweise zweisprachig gestalteten Broschüre dokumentiert. In der rund 70 Seiten umfassenden reich bebilderten Publikation sind sämtliche Kurzbotschaften und Grußworte vollinhaltlich abgedruckt.

Überdies wird ein Überblick über drei Jahre Konsensarbeit geboten.

Die Broschüre kann gegen einen Druckkostenbeitrag beim KHD, Prinzhoferstraße 8, 9020 Klagenfurt angefordert werden: Telefonisch 0463/54002, per Fax 0463/540029 oder E-Mail: office@khd.at.

*Allen Gönnern, Aktivisten, Mitgliedern und Sympathisanten
ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2009!*



*Obmann Dr. Josef Feldner
im Namen des Kärntner Heimatdienstes*

Zustimmung allein, ist für unseren Weg der Verständigung zu wenig:

Ihre SPENDE sichert Ihnen den WEITERBEZUG

Für 2008 erhielt der Kärntner Heimatdienst nur insgesamt 8.000 Euro an staatlichen Subventionen. Das ist auch bei weitgehend ehrenamtlicher Bewältigung seiner kostenaufwendigen Informationsarbeit nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Die notwendige, von Zehntausenden Sympathisanten seit mehr als einem halben Jahrhundert sehr geschätzte überparteiliche Informationsarbeit, insbesondere die zweifellos im Interesse des Landes Kärnten liegende Friedens- und Verständigungsarbeit des KHD, muss daher nahezu zur Gänze aus Spenden und sonstigen privaten Zuwendungen aus dem Kreis unserer Förderer gedeckt werden.

Obwohl wir keine Autorenhonorare zahlen, können wir seit dem Tod einiger großzügiger Spender die Finanzierung unserer Zeitungen DER KÄRNTNER (adressierte Auflage 40.000) und KHD-INTERN (Auflage 10.000) sowie die im Interesse einer größtmöglichen Breitenwirkung notwendigen fallweisen Einschaltungen in Kärntner Zeitungen, mit den laufenden Spenden nicht mehr abdecken.

Wir sind daher seit einigen Jahren gezwungen, auf Rücklagen aus einer uns vor Jahren zugeflossenen Erbschaft zurückzugreifen, was verständlicherweise jedoch auf Dauer nicht möglich sein kann.

Dennoch wollen wir die große Reichweite unserer Informationsarbeit nicht reduzieren. Wir wollen weiterhin Hunderttausende Kärntnerinnen und Kärntner, sowie Zehntausende Sympathisanten in ganz Österreich laufend informieren. Daher wollen wir auch in Hinkunft kein festes Zeitungsentgelt einheben und möchten am Prinzip der Freiwilligkeit hinsichtlich Spenden festhalten.

Nur: Auf Dauer können wir jene, die noch nie einen Druckkostenbeitrag überwiesen haben, nicht mehr gratis beliefern. Wir werden daher gezwungen sein, diese Bezieher auszuscheiden, um unsere Zeitung zumindest annähernd kostendeckend drucken und versenden zu können.



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN
Mittellingsblatt des Kärntner Heimatdienstes
Österreichische Post-AG Nr. 83 – Oktober 2008
Sponsoring Post Adressierte Auflage: 40.000 GZ02032719 S
Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

Feiern am 10. Oktober

9.30 Uhr: Abstimmungsfeier beim Ehrenmal auf dem Soldatenfriedhof in Klagenfurt-Annabichl

11 Uhr: Feier des Landes Kärnten im Landhauhof

15 Uhr: Kärntner Konsensgruppe: „Fest der gemeinsamen Heimat Kärnten“ in Ludmannsdorf (siehe Seite 16)



Die Wahl ist geschlagen

Alle sind gefordert!

Dem Werben um Stimmen hat nun das Werben um die Rückgewinnung des verlorenen Vertrauens, mit dem Bekenntnis zur politischen Zusammenarbeit im Interesse des Allgemeinwohls zu folgen.

Schlussstrich unter Vorrang für Parteiinteressen

Die gewaltigen Probleme, die auf uns Österreicher zukommen, erfordern eine Konzentration der Kräfte, einen Schlussstrich unter eine Politik, die nur allzu oft die Interessen der Partei vor das Gesamtwohl gestellt hat.

Das bisher gezeigte ängstliche Bemühen der politischen Entscheidungsträger, es allen Recht zu tun, muss vom Mut abgelöst werden, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen und solchen zuzustimmen, wenn dies für notwendig erkannt wird.

Pluralität braucht Konsensbereitschaft

Dazu bedarf es einer umfassenden Information der Bevölkerung und mitunter langwieriger Überzeugungsarbeit. Diese kann aber nur erfolgreich sein, wenn eine breite politische Basis dahinter steht. Eine solche Basis kann nur im ständigen Dialog einer geeinten aufstrebenden Regierung mit der Opposition geschaffen werden.

Demokratie braucht Pluralität. Keine Frage. Pluralität darf sich aber nicht auf die Macht des Stärkeren über den Schwächeren reduzieren. Pluralität muss zum Ideenwettbewerb genutzt werden, der alle politischen Kräfte einbindet, mit dem Ziel, wichtige Entscheidungen im Konsens zu finden.



werb genutzt werden, der alle politischen Kräfte einbindet, mit dem Ziel, wichtige Entscheidungen im Konsens zu finden.

Konzentration der Kräfte in Krisenzeiten

Abstriche von eigenen Maximalvorstellungen zu machen, auch einmal zuzugeben, dass der politische Mitbewerber in einer konkreten Angelegenheit die bessere Idee hat, das

stärkt in Krisenzeiten wie diesen eine zur Notwendigkeit gewordene Konzentration der Kräfte. Solchermaßen erzielte Allianzen werden auch vermehrte Zustimmung mit verstärkter Bereitschaft zur direktdemokratischen Unterstützung in der Zivilgesellschaft finden.

Der aufgezeigte Weg ist kein leichter, kein bequemer Weg. Ein am Ende dieses Weges stehender Erfolg wird die Mühen für alle diesen Weg gehenden Parteien rechtfertigen. Josef Feldner

Wir bitten daher erstmals auch alle bisherigen Gratisbezieher um Überweisung eines angemessenen Zeitungskostenbeitrags
Jeder Euro zählt!

Sie sichern sich damit den laufenden Weiterbezug

Und denken Sie bitte daran: Unser Ziel ist nicht nur unsere Arbeit für Kärnten und Österreich im bisherigen Umfang zu sichern, sondern mit Ihrer Hilfe weiter auszubauen.

Ihr Beitrag stärkt unsere uneigennützige patriotische Arbeit, frei von Parteiengzänk und Politikerstreit!

Vielen Dank allen unseren FÖRDERERN

die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung von auch höheren Beträgen unsere Arbeit ermöglicht haben. Diesen Dank verbinden wir mit der BITTE, uns auch weiterhin zu helfen.





St. Veiter Straße 77 **P**
Tel. 0 463/41 100



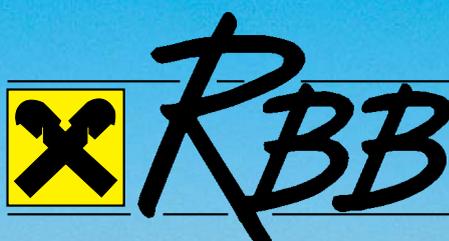
Pörschach **P**
Tel. 0 42 72/24 29



Krumpendorf **P**
Tel. 0 42 29/24 35



Bahnhofstraße 3
Tel. 51 26 66-0



**Raiffeisen-Bezirksbank
Klagenfurt**

www.rbb-klagenfurt.at

**Ihre Wohlfühl-Bank
in Ihrer Nähe!**



Rosentaler Str. 77 **P**
Tel. 0 463/22 7 48



Wölfnitz **P**
Tel. 0 463/49 254



Völkermarkter Str. 123 **P**
Tel. 0 463/32 677